

18. März 2008

Die ökologischen Herausforderungen angehen – mit und für uns alle

Positionspapier zur Umweltschutzpolitik

Die Basler FDP sieht in der laufenden Verbesserung unseres Lebensumfelds eine anhaltende Aufgabe, die mehr Chancen als Risiken birgt. Das vorliegende Positionspapier definiert die Umweltschutzpolitik, namentlich auch die Energie- und Verkehrspolitik, aus liberaler Sicht. Neben den grundsätzlichen Überlegungen nimmt die Basler FDP Stellung zu aktuellen umweltpolitischen Themen und stellt fünf neue parlamentarische Vorstösse vor.

1. Ausgangslage

„Ökologie“ ist derzeit in aller Munde – mit gutem Grund. Doch obwohl der Umweltschutz im engeren Sinn erst seit wenigen Jahrzehnten einen zentralen Stellenwert in der Politik einnimmt, beschäftigt den Menschen der Schutz seiner Lebensgrundlagen seit langem. Der immer erfolgreichere Kampf gegen die Widerwärtigkeiten der Natur wandelte sich im Lauf der Zivilisationsgeschichte mehr und mehr zum umgekehrten Schutz der Natur vor dem Menschen. Dies geschah und geschieht nicht seiner selbst willen, sondern wiederum, um die eigenen Lebensgrundlagen zu schützen.

Nötig macht dies letztlich die Tatsache, dass die Ressourcen begrenzt sind. Jede Aktivität einer Spezies verbraucht und verdrängt Anderes und Andere. Dies gilt auch und besonders für die Aktivitäten des Menschen. Je weiter die Wert- und Schadensschöpfung zeitlich und örtlich auseinanderfallen, desto später wird Letztere antizipiert und vermieden – oder zumindest erkannt und korrigiert. Ökonomisch gesprochen ist die Umweltverschmutzung eine typische so genannte negative Externalität. Der Preis vermag die Vollkosten nicht adäquat abzubilden, das Prinzip der Nachhaltigkeit wird verletzt.

Diese Problematik hat sich in den letzten Jahrzehnten aus primär drei Gründen akzentuiert. Erstens handelt es sich um ein Mengenproblem. Immer mehr Menschen verbrauchen immer mehr Ressourcen: Die Weltbevölkerung nimmt zu und zum hohen Konsum der Ersten Welt kommt mit dem rasch steigenden Lebensstandard eine eigentliche Aufholjagd in zahlreichen Entwicklungsländern. Zweitens reagieren wir immer empfindlicher auf Auswirkungen der Natur. Liess man nach einem Berggrutsch früher das Vieh anderswo grasen, gerät heute rasch eine diffizile Verkehrs-, Energie- und Tourismusinfrastruktur in Mitleidenschaft. Und drittens werden die Interaktionen laufend komplexer. So wird heute nicht nur über die regionale Luftverschmutzung, sondern auch die Tatsache diskutiert, dass der Mensch imstande ist, das weltweite Klima zu verändern.

Demgegenüber stehen grosse Fortschritte bei der Bewältigung dieser Herausforderungen. Neue technische und organisatorische Erkenntnisse führten auf zahlreichen Gebieten zu Verbesserungen. Ressourcen werden absolut zwar knapper, lassen sich aber effizienter fördern, nutzen und regenerieren. Auch ist in der Schweiz heute die Qualität von Luft und Wasser besser, belasten Industrie und Verkehr die Umwelt relativ zu Umsatz und Kilometer weniger als noch vor wenigen Jahrzehnten.

Die Herausforderungen der menschlichen Zivilisation und deren Wechselwirkungen mit den eigenen Lebensgrundlagen sind ein Prozess, der nicht abgeschlossen ist und es nie sein wird. Der Schutz der Umwelt muss und wird uns immer beschäftigen – unseres ureigenen Interesses wegen. Was dies aus liberaler Sicht für den Kanton Basel-Stadt bedeutet, führt die Basler FDP in diesem Positionspapier aus. Sie legt ihre Prinzipien und ihre Politik dar und zeigt die entsprechenden Auswirkungen auf der Immissions- und Emissionsseite.

2. Prinzipien der Basler FDP

- **Für eine konkrete und konstruktive Debatte**

Die Bevölkerung hat Anrecht auf eine konstruktive Diskussion – auch und gerade in der wichtigen Umweltschutzpolitik. Die Basler FDP wehrt sich deshalb gleichermaßen gegen Wegschauen und Aufbauschen. Weder ist ökologisches Bewusstsein als weltfremd zu belächeln, noch sollen der technische Fortschritt verurteilt oder Weltuntergangsszenarien plakatiert werden.

Die Basler FDP erkennt den Umweltschutz als eine weder neue noch unlösbare, aber wichtige und andauernde Aufgabe der internationalen und nationalen, der regionalen und lokalen Politik. Dabei darf die Kantonspolitik nicht der Versuchung erliegen, von Basel-Stadt aus die Welt in den Griff bekommen zu wollen. Statt sich auf Standesinitiativen, Postulate und andere deklamatorische Instrumente zu konzentrieren, gilt es, konkrete Schritte zu gehen, um unsere Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Auch im Umweltschutz beginnt im Kleinen und Konkreten, was im Grossen und Ganzen seine Fortsetzung findet.

- **Mit mehr Marktwirtschaft...**

Die Basler FDP sieht keinen Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie – nicht nur, weil beide Begriffe im selben griechischen Wort Oikos, das Haus, wurzeln. Weder ist ökonomischer Erfolg langfristig auf Kosten der Lebensgrundlagen möglich, noch fusst das oft gehörte Marktversagen in zu viel Markt. Vielmehr liegt das Problem bei der Nichtanwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien, namentlich in der ungenügenden Zuteilung von Eigentumsrechten und unvollständigen Preisen von Gütern wie Wasser, Luft und Raum.

Mehr und mehr ergänzen heute aber marktwirtschaftliche Ansätze die herkömmlichen Instrumente der staatlichen Investitionen etwa in Kläranlagen sowie der politisch nach wie vor populären Ver- und Gebote. Dies kann auf zwei Arten umgesetzt werden: Entweder überlässt der Staat bestimmte Aktivitäten, etwa die Wasserver- und -entsorgung, privaten Akteuren. Oder er erhebt Sozialkostenabgaben wie die Benzinsteuern und internalisiert damit die externen Kosten – quasi in Vertretung der Allgemeinheit als Eigentümerin des betroffenen Guts. Der Staat spielt mit anderen Worten Ersatzmarkt.

Die Basler FDP spricht sich klar für marktwirtschaftliche Lösungen im engeren Sinn aus. Wo dies heute noch schwierig ist, plädiert sie für verstärkte Investi-

tionen in die entsprechende Forschung und tatsächliche Bemühungen, die Marktwirtschaft spielen zu lassen. Ideologische Scheuklappen wie etwa den kantonalen Verfassungsartikel, der die marktliche Wasserversorgung verbietet (§ 32 KV), lehnt sie entschieden ab.

...und technischem Fortschritt zur Ökologie

Auch der technische Fortschritt stellt sich ohne die entsprechenden Anreizmechanismen nicht oder nur ungenügend ein. Dabei sind neue Technologien unabdingbar für die Verbesserung des Lebensumfelds. Sie sorgten dafür, dass der Morast des Pferdemists aus den Städten des 19. Jahrhunderts verschwunden und der Smog der Kohleheizungen des 20. Jahrhunderts stark zurückgegangen ist. Und genau so sind neue technische Errungenschaften nötig, um die CO₂-Problematik des 21. Jahrhunderts in den Griff zu bekommen. Wer im technischen Fortschritt primär das Problem statt die Lösung sieht, kann auch im Umweltschutz nicht vorwärts kommen. Naturschutz und Naturwissenschaft stehen sich nicht entgegen, sie bedingen sich gegenseitig.

- **Effizienz statt Bevormundung**

Die Basler FDP anerkennt, dass ob der beschriebenen Marktanomalien in der Umweltpolitik dem Staat eine bestimmte Stellung zukommt. Wo die gemeinschaftlichen Prinzipien nicht mehr und die marktlichen Regeln noch nicht greifen, ist der Eingriff des Staats sinnvoll. Die entsprechenden Steuergelder sind aber auch im Umweltschutz effizient und effektiv einzusetzen. Nicht jede Massnahme ist sinnvoll, wenn für das gleiche Geld anderswo mehr erreicht werden kann. So war der Ersatz der kleinen und teuren Basler Trolleybus-Flotte durch sparsame Gasbusse richtig.

Die Basler FDP wehrt sich ferner gegen die Tendenz, unter dem Deckmantel des Umweltschutzes die Bevölkerung erziehen zu wollen. Erliegt die Politik der Versuchung, das weite Feld der Ökologie für eine generelle Ausdehnung staatlicher Normierung zu missbrauchen, zielt sie in dreierlei Hinsicht daneben. Erstens ist es bedenklich, berechnete und unberechnete Ängste zur Erreichung ideologischer Ziele auszunutzen. Zweitens behindern zu viele staatliche Aktivitäten einen wirksamen Umweltschutz, indem sie den technologischen und organisatorischen Fortschritt sowie die Allokation der Ressourcen behindern – beides im Umweltschutz von hoher Bedeutung. Und drittens senkt eine steigende Bevormundung die Bereitschaft der Bevölkerung, auch sinnvolle Massnahmen zum Schutz der Lebensgrundlagen zu akzeptieren.

Für die Basler FDP ist klar, dass sich die persönliche Einstellung, der im Umweltschutz eine grosse Bedeutung zukommt, nicht diktieren lässt. Dies gilt auch für die ökologische Verantwortung der Wirtschaft. Sie kann letztlich nicht verordnet, sondern muss gelebt werden. Nicht zuletzt bietet der Umweltschutz auch grosse wirtschaftliche Chancen. Wie jede Herausforderung stellt auch die Verbesserung unseres Lebensumfelds die Basis für neues Wachstum dar. Mit anderen Worten stellt ökologisches Verhalten letztlich langfristig nicht nur keine Restriktion für wirtschaftlichen Erfolg dar, sondern vermag eben diesen zu befördern.

3. Die Politik der Basler FDP

3.1. Die Immissionsseite

- **Klima**

Laut dem UNO-Klimabericht steigt die Durchschnittstemperatur bis zum Ende des laufenden Jahrhunderts um 1,8 bis 4,0 Grad Celsius. Auch wenn die genauen Zusammenhänge umstritten sind, ist sich die Mehrheit der Fachleute einig, dass die Aktivitäten des Menschen, namentlich die Ausscheidung von Treibhausgasen wie CO₂, das Klima beeinflussen.

- Klimabericht der UNO
www.ipcc.ch

Die Schweizer Klimapolitik beruht vor allem auf dem CO₂-Gesetz, dessen Revision der Bundesrat im Februar 2008 eingeleitet hat. Die Schweiz will sich dabei am Ziel der Europäischen Union orientieren, bis 2020 die Treibhausgase um mindestens 20 Prozent zu verringern. Im Rahmen dieser Vernehmlassung werden unter anderem eine Klimalenkungsabgabe sowie technische Regulierungen vorgeschlagen. Weiter hat der Bundesrat die Massnahmen aus den Aktionsplänen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien beschlossen.

- Schweizer Klimapolitik
www.bafu.admin.ch/klima/00493/00494

- **Regionale Lebensräume**

Der kleine Kanton Basel-Stadt verfügt nur über eine beschränkte Anzahl von schutzwürdigen Arealen. Dazu zählen etwa die Biotop auf dem früheren DB-Areal, die im Rahmen des Erschliessungs- und Ausbauprojekts für das neue Quartier Erlentmatt erhalten werden.

Umso wichtiger ist es, dass der Stadtkanton gemeinsam mit den Nachbarn in der Nordwestschweiz sowie im Elsass und Südbaden einen wirkungsvollen und zusammenhängenden Naturschutz betreibt. So verfolgt die Region seit Jahren eine in Fachkreisen anerkannte Politik der Vernetzung vorhandener Grünflächen – besonders im Regiobogen. Die unter Schutz stehenden Gebiete werden vergrössert und durch Korridore miteinander verbunden.

- Regiobogen Schweiz-Deutschland-Frankreich
www.truz.org/regiobogen

Auch nimmt die Basler FDP erfreut zur Kenntnis, dass es einer französischen Initiative mit privater Unterstützung aus Basel gelungen ist, das bedeutendste Naturschutzgebiet der Region, die Petite Camargue Alsacienne, entscheidend zu vergrössern. Die Basler FDP hat zudem federführend darauf hingewirkt, dass der Regierungsrat im Februar 2008 entschieden hat, die Felderhebungen für das Naturinventar Basel-Stadt zu intensivieren. Weiter begrüsst sie die Bemühungen zur Renaturierung der Wiese beidseits der Grenze und unterstützt die Biotopschutzinitiativen in der Region, die sich etwa in der Wiederansiedelung des Bibers oder den Bestrebungen zum Schutz und zur Förderung der Wanderfische wie des Lachses dokumentieren.

- **Luft**

Die Basler Luftqualität ist insgesamt besser geworden. Aus technischen Gründen aber lassen sich die grossen Fortschritte der letzten beiden Jahrzehnte derzeit nicht weiterführen. Die Anstrengungen zur Verminderung von Luftschadstoffemissionen konzentrieren sich derzeit vor allem auf den Feinstaub. Dank neuer Filter zeichnen sich auch hier langsam Verbesserungen ab. Demgegenüber lehnt die Basler FDP wirkungslose Massnahmen wie die kurzfristige Temporeduktion auf den Nationalstrassen ab.

- Luftreinhalteplan der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft
www.baselland.ch/docs/bud/lufthygiene/plan/luftreinhalteplan_2007.pdf

Die Basler FDP begrüsst grundsätzlich die Bemühungen der Regierungen der beiden Basel, die Luftqualität weiter zu verbessern. Sie regt darüber hinaus an, auch im lokalen und regionalen Verbund die Abgabe von Schadstoff-Zertifikaten und die Ermöglichung des entsprechenden Handels zu prüfen. Schliesslich setzt sich zumindest das Bekenntnis zu diesem marktwirtschaftlichen Instrument international mehr und mehr durch. Durch die konkrete Einführung im regionalen Kontext könnte die Region Basel zu einem Pionier auf diesem Gebiet werden.

> Anzug Christian Egeler: Einführung von regionalen Emissionszertifikaten (neu)

- **Wasser**

Auch die Belastung des hiesigen Grundwassers und der Oberflächengewässer mit chemischen Verunreinigungen ist rückläufig. Es steht ausreichend sauberes Trinkwasser zur Verfügung. Auch haben die Gewässerschutzmassnahmen der Industrie und des Gewerbes einen hohen Standard erreicht.

- Umweltbericht beider Basel 2007
www.umweltberichtbeiderbasel.ch

Dennoch ist die Qualität des Trinkwassers in der Region Basel jüngst in die Diskussion geraten. Im Zusammenhang mit zum Teil wenig gesicherten Mischdeponien, wo früher unter vielen anderen auch die chemisch-pharmazeutische Industrie Abfälle eingelagert hatte, wurde von verschiedener Seite behauptet, das Basler Trinkwasser sei gefährdet. Die Basler FDP begrüsst, dass die Behörden die Sicherheit des Trinkwassers sehr ernst nehmen und dass sich die Industrie bereit erklärt hat, für von ihr verursachte Schäden aufzukommen. Wenig Verständnis bringt die Basler FDP indes gegenüber jenen Gruppierungen auf, die mit der Angst der Bevölkerung um sauberes Wasser spielen und teilweise sogar „Lösungen“ propagieren, die aus ökologischer Sicht kontraproduktiv sind – etwa das ultimative Ausheben sämtlicher Gruben und Deponien in der Region Basel.

- **Funkstrahlung**

Die Strahlung vor allem von Mobilfunk-Antennen zählt auch in Basel-Stadt zu den umstrittensten Umweltbelastungen. In der Schweiz gelten Grenzwerte, die weltweit zu den strengsten gehören. Bestrebungen, diese im Kanton Basel-Stadt noch weiter zu verschärfen, sind verfehlt. Die Basler FDP plädiert denn auch dafür, dieses neuere Thema nicht zu emotionalisieren. Beispiel dafür ist die im August 2007 eingereichte Volksinitiative „gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“. Schliesslich sind die meisten ihrer Forderungen bereits erfüllt.

So führt das Lufthygieneamt schon seit Jahren Kontrollmessungen auch auf Anfrage von Privaten durch. Weiter wird im Rahmen eines Forschungsprojekts derzeit der Einfluss nichtionisierender Strahlung auf die Gesundheit in der Region Basel untersucht und ein Immissionskataster für hochfrequente Strahlung erstellt. Auch bestehen wirkungsvolle Regeln, um Mobilfunkanlagen aus ästhetischen Gründen einzuschränken. Darüber hinaus zielt die geforderte Konzentration von Mobilfunkanlagen auf wenige Standorte ob der Erhöhung der Strahlenbelastung im Umfeld solcher zentraler Antennen in genau die falsche Richtung.

- Volksinitiative „gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs“
www.regierungsrat.bs.ch/initiativen

- **Raum**

Im April 2007 hat die Basler FDP ein umfassendes Positionspapier zur Stadt- und Kantonsentwicklung vorgestellt. Sie spricht sich dabei für einen sparsamen Umgang mit dem gerade in Basel-Stadt knappen Raum aus. Neuer Raum soll vorab für qualitativ hoch stehende Projekte genutzt werden, was eine sorgfältige Auswahl der entsprechenden Gebiete sowie eine Liberalisierung der Baupolitik bedingt. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich die bauliche Entwicklung des Kantons primär in mehr Qualität und nur als Mittel zum Zweck in mehr Quantität niederschlägt. Die Basler FDP fordert deshalb beim neuen Zonenplan gleichermaßen Differenzierung, Öffnung und Verdichtung.

- Positionspapier der Basler FDP: „Den Baslerinnen und Baslern die Entwicklung von Kanton und Stadt ermöglichen“
www.fdp-bs.ch > Politik > Positionspapiere

- **Lärm**

Der Lärm zählt zu den unmittelbarsten Umweltbelastungen. Gerade in der Stadt kann der Lärm die Lebensqualität mehr als andere Umweltbelastungen direkt beeinträchtigen. Die Lärmbewältigung folgt heute weitgehend bestimmten Grenzwerten. Namentlich ordnet der so genannte Lärmempfindlichkeitsstufenplan (LESP) den Nutzungszonen die jeweilige Lärmempfindlichkeitsstufe zu.

- Lärmempfindlichkeitsstufenplan des Kantons Basel-Stadt
www.geo-bs.ch/stadtplan_lesp_karte.cfm

Die Basler FDP hat in ihrem Grundsatzpapier zur Stadtentwicklung im April 2007 auf die entsprechende Sorgfalt bei der Entwicklung der Quartiere hingewiesen. Schliesslich zeitigen die verschiedenen Nutzungen auch unterschiedliche Lärmemissionen.

- Positionspapier der Basler FDP: „Den Baslerinnen und Baslern die Entwicklung von Kanton und Stadt ermöglichen“
www.fdp-bs.ch > Politik > Positionspapiere

3.2. Die Emissionsseite

- **Industrie und Gewerbe**

Die Basler FDP begrüsst, dass sich das Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Umweltschutz deutlich reduziert hat. Zum einen erkennen die Unternehmen die Wichtigkeit einer intakten Umwelt. Kurzfristiges Wirtschaften auf Kosten anderer lohnt sich aus verschiedenen Gründen immer weniger. Vermeintliche Exter-

nalitäten schlagen zurück, etwa in Form von teureren Ressourcen, höheren Versicherungsprämien oder mehr Rechtsfällen. Auch akzeptieren die Bezugsgruppen der Unternehmen – die Mitarbeiter, die Anwohner und Konsumenten, aber vermehrt auch die Aktionäre – Verletzungen des Nachhaltigkeitsprinzips immer weniger. Zum anderen wird auch seitens der Politik den Eigentümern und Betreibern von umweltrelevanten Anlagen heute mehr Selbstverantwortung zugestanden. Gerade im Kanton Basel-Stadt wurden mit verschiedenen Firmen Kooperations- sowie mit bestimmten Verbänden Branchenvereinbarungen abgeschlossen.

Die Basler FDP plädiert auch in der Umweltschutzpolitik für die Verlässlichkeit der Politik und der Behörden gegenüber der Industrie und dem Gewerbe. Ansonsten sinkt die Attraktivität des hiesigen Wirtschaftsstandorts, was nicht nur auf Kosten des lokalen Markts, sondern oft auch des Umweltschutzes gehen kann, wenn die Unternehmen Aktivitäten in Länder mit weniger strengen Bestimmungen verlagert werden.

Vor allem aber sieht die Basler FDP im Schutz der Lebensgrundlagen eine grosse Chance für die Privatwirtschaft und damit auch für mehr Arbeitsplätze. Sind innovative Lösungen gefragt, ist das Know-how-Land Schweiz prädestiniert, neue Wirtschaftszweige entstehen zu lassen. Gerade die Region Basel mit ihrer international sehr hohen Forschungsdichte bietet beste Voraussetzungen für eine Cluster-Bildung im Bereich der Umwelt- und Energietechnologie.

Neue Technologien gegen den CO₂-Ausstoss

Der CO₂-Ausstoss gilt als der Haupttreiber für den Klimawandel. Ein nahe liegender Ansatz ist deshalb die – technisch komplexe und deshalb noch wenig bekannte – Option „Carbon Capture and Storage“ (CCS). Dies ist grundsätzlich nicht utopisch, entnehmen die Pflanzen doch Tag für Tag CO₂ der Luft und wandeln es in Nahrung und Sauerstoff um. Bei grossen Kohlen- und Gaskraftwerken wird dies bereits eingesetzt, bei kleinen Quellen wie Autos ist die CO₂-Abscheidung aber sehr aufwändig und derzeit kaum umsetzbar. Das so eingefangene CO₂ kann entweder in Gesteinsformationen oder anderen natürlichen Lagerstätten gelagert oder zu Methanol verarbeitet werden. Bei der Entwicklung dieser neuen Technologie kann auch der Wirtschaftsstandort Basel-Stadt mithelfen.

> Interpellation Daniel Stolz: Neuer Cluster in Basel dank neuer Technologien wie CCS (neu)

Ebenso führt ein Technologieschub auch in herkömmlichen Wirtschaftszweigen zu neuen Möglichkeiten, besseren Angeboten und stärkerem Wachstum. Und ganz generell profitiert das Gewerbe durch Investitionen etwa in die Sanierung des allgemein überalterten und energetisch wenig effizienten Gebäudeparks.

- **Energie**

Der Staat nimmt in der Energiepolitik heute die verschiedensten Rollen ein. So sieht er sich für die Versorgung verantwortlich, vergibt Bewilligungen für Kraftwerke, tritt selbst auf dem Energiemarkt als Produzent und Verteiler auf und kümmert sich überdies um die Energieeffizienz.

Diese fehlende Rollenteilung zielt aus Sicht der Basler FDP fehl. So kann es nicht sein, dass der gleiche Betrieb Energie verkauft und gleichzeitig aufruft, mit eben dieser sparsam umzugehen. Obwohl die Bundesverfassung einen energiepolitischen Auftrag stipuliert (Art. 98 BV), ist es letztlich an der Wirt-

schaft, jene Energie zur Verfügung zu stellen, die die Unternehmen und die Bevölkerung nachfragen.

Die Basler FDP begrüsst deshalb das Ansinnen der Basler Regierung, die Industriellen Werke Basel (IWB) aus der Kantonsverwaltung auszugliedern. Diese Pläne gehen auf das neue Stomversorgungsgesetz zurück, das voraussichtlich ab 2008 den Grosskunden und im nächsten Jahrzehnt den Kleinunternehmen und Privatkunden ermöglichen soll, ihren Strom und seinen Lieferanten selbst zu wählen.

- Vernehmlassung zur Zukunft der IWB
www.bd.bs.ch/stromvgv.pdf

Diese Liberalisierung wird nicht nur die Anbieter mehr als heute dazu anhalten, innovative und effiziente Produkte zu entwickeln, sondern überlässt es letztlich allen, sich für den individuellen Strom der Wahl zu entscheiden. Entsprechend lehnt sie die rückwärts gewandte Volksinitiative „Ja zur IWB“ ab, die zum Ziel hat, die IWB weiter am Gängelband der Politik zu führen.

- Volksinitiative „Ja zur IWB“
www.basta-bs.ch

Die Basler FDP ruft den Regierungsrat vielmehr auf, den eingeschlagenen Weg noch konsequenter zu gehen. Die heutige IWB soll in zwei Gesellschaften aufgeteilt werden – in eine ausgelagerte und privatrechtlich organisierte Netzgesellschaft im Staatsbesitz sowie eine zu verkaufende Betriebsgesellschaft. Sollte dies nicht möglich sein, ist die IWB integral in privatrechtliche Strukturen mit einer – zumindest vorläufigen – Staatsbeteiligung umzuwandeln. Ähnlich wie bei der mehrstufigen Transaktion von der PTT zur Swisscom könnte sich der Staat schrittweise aus dem operativen Geschäft zurückziehen. In diesen wichtigen Prozess soll die Bevölkerung direkt eingebunden werden. Die Basler FDP fordert deshalb den Regierungsrat auf zu prüfen, wie sich die Baslerinnen und Basler an der erfolgreichen und innovativen IWB beteiligen können.

> Anzug Baschi Dürr: Volksaktie IWB (neu)

Auch wenn sich die Politik aus der direkten Produktion der Energie zurückziehen soll, kommt ihr aus umwelt- und sicherheitspolitischen Gründen eine wichtige Rolle bei der Bewilligung von neuen Kraftwerken zu. Es ist richtig, dass die alternative Energiegewinnung derzeit hohe Präferenz genießt.

Geothermie: Vorbild Riehen

„Energienstadt“ kann jede Schweizer Gemeinde werden, wenn sie in den Bereichen Bau und Planung, Energieversorgung, Wasser und Abwasser, Verkehr und Öffentlichkeitsarbeit eine vorbildliche Energiepolitik betreibt. 1999 erteilte das Bundesamt für Energie diese Auszeichnung an Riehen – und begründete dies wie folgt: „Mit der Inbetriebnahme des Geothermie-Wärmeverbundes im Jahr 1989 hat sich Riehen (...) als Pionier im Energiebereich einen Namen gemacht. Bezeichnend für Riehen ist (...) die Konsequenz, mit welcher in sämtlichen Bereichen die rationelle Verwendung von Energie und der Einsatz erneuerbarer Energieträger aktiv gefördert werden.“

Auch ist die Basler FDP mit Anschubfinanzierungen und entsprechenden Forschungsinvestitionen der öffentlichen Hand einverstanden. Mittelfristig aber muss sich jede Energiegewinnung rechnen. Dies gilt sowohl für die Wind- und

Solarenergie, aber auch für neuartige Projekte im Bereich Holz oder Biomasse – und besonders für den erfolgversprechenden Ansatz der Geothermie. Dabei soll der Kanton Basel-Stadt das Risiko der derzeit still gelegten Anlage in Kleinhüningen nicht allein tragen. Über den geplanten Kreditantrag der Basler Regierung für die Geothermie-Studie hinaus, möchte die Basler FDP wissen, was die grundsätzlichen Überlegungen für die Zukunft dieser wichtigen Technologie in und für Basel sind.

> Interpellation Markus G. Ritter: Wie weiter mit der Geothermie? (neu)

Was die herkömmlichen Energiequellen angeht, spricht sich die Basler FDP klar gegen Gaskombikraftwerke aus. Den offiziellen Plänen der IWB und der Elektra Birseck Münchenstein (EBM), im grenznahen Ausland fossile Kraftwerke zu bauen, steht sie denn auch ablehnend gegenüber. Namentlich können diese Kraftwerke nicht als Alternative zu den heutigen Kernkraftwerken propagiert werden. Damit würde die heute praktisch CO₂-freie Stromproduktion der Schweiz aufgegeben. Entsprechend setzt die Basler FDP auf den qualitativen und quantitativen Ausbau der Wasserkraft. Ob die bestehenden Kernkraftwerke dereinst ersetzt werden müssen, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Denn die Energieeffizienz schreitet rasch voran. Grundsätzlich ist die Basler FDP denn auch der Meinung, dass sich die Energiediskussion vor allem auf die Effizienzgewinne konzentrieren soll. Nicht nur beim Strom, sondern auch beim Verbrauch von primär fossilen Energien beim Verkehr und zur Heizung sind die technischen Möglichkeiten, den Energieverbrauch zum Teil drastisch zu senken, noch lange nicht ausgeschöpft. Die Basler FDP hat – nicht zuletzt in zahlreichen Vorstössen von Grossrat und Nationalrat Peter Malama – immer wieder darauf hingewiesen.

Es ist richtig, dass die Politik über die Gesetzgebung entsprechenden Einfluss zu nehmen versucht. Auch begrüsst die Basler FDP grundsätzlich gedankliche Projekte wie die „2000 Watt-Gesellschaft“ oder die „1-Tonnen-CO₂-Gesellschaft“, einen neuen Ansatz der ETH Zürich. Basel kann hier als Pilotregion wertvolle Dienste leisten und gleichzeitig selbst einen Nutzen ziehen.

- **Verkehr**

Die Basler FDP bedauert die oft festzustellende Reduktion der Verkehrspolitik auf das gegenseitige Ausspielen von individuellem und öffentlichem Verkehr. Namentlich die Reduktion der politischen Debatte auf den so genannten Modalsplit – den Anteil des öffentlichen vs. des individuellen Verkehrs – lehnt sie ab. Schliesslich zeitigt auch der öffentliche Verkehr grosse externe Effekte: Vom Energieverbrauch über den Feinstaub bis hin zum Lärm oder auch zur Zersiedelung, die der Ausbau des öffentlichen Verkehrs oft mit sich bringt.

Die Basler FDP spricht sich deshalb für eine nüchterne Betrachtung der Wahl der Verkehrsmittel aus. Die bereits bestehenden Steuern und Abgaben auf dem Individualverkehr sollen gemäss Basler FDP nicht erhöht, sondern ökologisch und staatsquotenneutral angepasst werden. Gleichzeitig soll der öffentliche Verkehr nicht noch stärker vergünstigt werden. Vielmehr soll im Einzelfall geprüft werden, wo der öffentliche Verkehr und wo der Individualverkehr konkret aus- oder auch rückzubauen ist.

Im Bereich des öffentlichen Verkehrs muss die Stadt Basel mit der Regio-S-Bahn besser erschlossen werden – etwa Richtung Allschwil durch die zusätzliche S-Bahn-Station Morgartenring, wie sie FDP-Grossrat Christian Egeler angeregt

hat. Auch muss die Region Basel gegenüber dem Bund geschlossener als heute auftreten, ansonsten grosse Projekte wie das Herzstück der Regio-S-Bahn unter der Basler Innenstadt nicht die nötigen Bundesmittel erhalten werden. Dieses ist für die weitere Entwicklung der Stadt und Region Basel wichtig und wird von der Basler FDP unterstützt. Hier sind der Nordwestschweiz etwa der Kanton und die Stadt Zürich weit voraus. Die Basler FDP begrüsst deshalb neue finanzielle und strukturelle Instrumente, die vermehrt Bundesmittel für die Infrastrukturprojekte der Region Basel freizumachen vermögen.

Im Bereich des privaten Verkehrs kommt die Basler FDP zum Schluss, dass in erster Linie der fahrende und nicht der ruhende Verkehr marktwirtschaftlich gelenkt werden soll. Indes ist ein auf die räumlich kleine Stadt Basel konzentriertes Road-Pricing-Vorhaben aus technischen, ökonomischen und logistischen Gründen nicht sinnvoll, sondern muss im regionalen Kontext diskutiert werden. Die Basler FDP kann deshalb das Ansinnen des Regierungsrats im Grundsatz nachvollziehen, vorerst die Parkplätze zu bewirtschaften.

- Parkraumbewirtschaftung des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt www.bs.ch/mm/2007-11-22-rrbs-001.htm

Die Basler FDP stimmt den notwendigen Mitteln für die Parkraumbewirtschaftung aber nur unter der Bedingung zu, dass die Voraussetzungen für ein integrales und regional abgestimmtes Verkehrs- und Parkraumkonzept gegeben sind. Namentlich fordert sie die vorgängige Streichung der zahlreichen Erschwernisse für jene Investoren, die auf Allmend oder privatem Grund neue Parkhäuser planen. So sind Parkplätze im Stadtkanton heute oft verboten, während sie im Kanton Basel-Landschaft im Gegenteil geboten werden. Ferner müssen die Massnahmen des Regierungsrats mit den umliegenden Gemeinden auf dem eigenen Kanton, im Baselbiet und im grenznahen Ausland abgesprochen sein. Die neusten Pläne der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rats, die Frage des Verkehrs über die Mittlere Rheinbrücke mit der sachlogisch nicht zusammenhängenden Diskussion über ein neues Parkhaus im Raum Aesch zu verknüpfen, lehnt die Basler FDP ab. Auch die Weiterentwicklung der

Schnellere Intercity-Verbindungen

Innerhalb von 25 Jahren hat sich die Zahl der Pendler aus Basel auf knapp 20 Prozent nahezu verdoppelt. Für die ganze Region Nordwestschweiz sind optimale Zugverbindungen vor allem nach Zürich und Bern von grosser Wichtigkeit. Auch ist es aus ökologischen Gründen richtig, die Ballungszentren miteinander zu verbinden, um der Zersiedelung des Landes entgegenzuwirken. In der Nordwestschweiz ist in 30 Jahren nur der Bau des Adlertunnels zwischen Muttenz und Liestal Realität geworden. Die Basler FDP hat schon in der Vergangenheit mit der Standesinitiative von Grossrat Daniel Stolz für den Wisenbergtunnel auf die Wichtigkeit von schnellen Zugverbindungen aufmerksam gemacht. Heute braucht man 3,5 Stunden, um von Basel in das 500 km entfernte Paris zu gelangen (entspricht einer Geschwindigkeit von rund 145 km/h), hingegen braucht man 52 Minuten, um in das 80 km entfernte Zürich zu gelangen (entspricht einer Geschwindigkeit von nur gerade 95 km/h). Die Basler FDP fordert den Regierungsrat auf, sich dafür einzusetzen, die Bahnlinie nach Zürich und Bern zu einer Hochgeschwindigkeitsstrecke auszubauen.

> Anzug Urs Schweizer: Schnellere Intercity-Verbindungen für Basel (neu)

Basler Fussgängerzone darf nicht ideologischer Selbstzweck sein, sondern muss die Interessen aller Anspruchsgruppen der Innenstadt berücksichtigen.

- Projekt Aufwertung / Verkehrsregime Innenstadt
www.grosserrat.bs.ch > Geschäfte > 05.0865

- **Abfall**

Im Kanton Basel-Stadt fallen heute pro Kopf rund 25 Prozent weniger brennbare Abfälle als vor 25 Jahren an. Gleichzeitig hat sich die Sammlung von Wertstoffen innert 10 Jahre rund verdoppelt. Dennoch begrüsst die Basler FDP die Idee, auf nationaler Ebene ein Pfand auf allen Getränkeflaschen und Getränkedosen zu erheben. Darüber hinaus sind neue Projekte zu prüfen. So hat die Riehener FDP-Grossrätin Christine Locher angeregt zu prüfen, wie im ganzen Kanton Basel-Stadt die anfallende Biomasse in Form von Grüngut und biogenen Reststoffen aus den Haushalten der nachhaltigen Energienutzung zugeführt werden können. Schliesslich nimmt Riehen in diesem Bereich bereits heute eine Vorreiterrolle ein.

- Abfallpolitik des Kantons Basel-Stadt
www.aue.bs.ch/abfaelle

Nach wie vor ist die Basler Abfallrechnung defizitär. Bisher wurden diese Defizite mit Steuergeldern gedeckt. 2001 taxierte die eidgenössische Mehrwertsteuerverwaltung die Zuschüsse aus der Staatskasse als mehrwertsteuerpflichtige Subvention. Um entsprechende Zahlungen zu vermeiden, richtete der Regierungsrat eine Spezialfinanzierung ein. Diese kann jedoch nicht beliebig lang fortgeführt werden, da mittlerweile ein Negativsaldo in zweistelliger Millionenhöhe besteht. Der Grosse Rat hat infolgedessen zwei Vorstösse von Grossräten der FDP überwiesen: 2003 eine Motion von Beat Schultheiss und 2005 einen Anzug von Christian Egeler.

Die Deckung aller Abfallkosten über die Sackgebühr wäre nur mit deren massiven Erhöhung möglich. Der Grosse Rat kam deshalb zum Schluss, dass die Wertstoffsammlungen über eine Grundgebühr finanziert werden kann und infolgedessen die Bebbisack-Gebühr zur Deckung der Kosten der Siedlungsabfälle nur geringfügig angehoben werden müsste. Die Basler FDP pochte darauf, dass eine solche Grundgebühr staatsquotenneutral eingeführt, das heisst mit anderen Gebühren oder Steuern verrechnet wird. Sie ist erfreut, dass sich der Regierungsrat im März 2008 dieser Auffassung angeschlossen und auf 2009 eine entsprechende Lösung in Aussicht gestellt hat.

Neue parlamentarische Vorstösse der Basler FDP

- Anzug Christian Egeler: Einführung von regionalen Emissionszertifikaten **(neu)**
- Interpellation Daniel Stolz: Neuer Cluster dank neuer Technologien wie CCS **(neu)**
- Anzug Baschi Dürr: Volksaktie IWB **(neu)**
- Interpellation Markus G. Ritter: Wie weiter mit der Geothermie? **(neu)**
- Anzug Urs Schweizer: Schnellere Intercity-Verbindungen für Basel **(neu)**

Bisherige parlamentarische Vorstösse der Basler FDP*

- Anzug Christian Egeler: S-Bahn-Station Morgartenring-Allschwil (20.2.2008)

- Interpellation Emmanuel Ullmann: Road-Pricing in Basel (16.1.2008)
 - Motion Peter Malama: Energiespar-Bonus Gebäudebereich (5.12.2007)
 - Anzug Peter Malama: Energieeffizienz auch beim Denkmalschutz (5.12.2007)
 - Motion Peter Malama: Ästhetikparagrafen Baugesetz (5.12.2007)
 - Motion Peter Malama: Anreize für energetische Altbausanierungen (5.12.2007)
 - Interpellation Peter Malama: Regio-S-Bahn "Ringvariante " (12.9.2007)
 - Interpellation Emmanuel Ullmann: Neues Parkregime (12.9.2007)
 - Interpellation Bruno Mazzotti: Parkraumbewirtschaftung (12.9.2007)
 - Anzug Bruno Mazzotti: Entlastung des Wiese-Kreisels (6.6.2007)
 - Anzug Urs Schweizer: CO₂-Reduktion beim Gebäudepark (7.2.2007)
 - Interpellation Peter Malama: Parkhaus im Raum Aeschen (18.10.2006)
 - Anfrage Helmut Hersberger: Ausbau der Tramlinie 3, 8 und 11 (18.10.2006)
 - Anzug Christian Egeler: Europäische Mobilitätswoche (13.9.2006)
 - Interpellation Mazzotti: Tempo-30-Zonen (13.9.2006)
 - Resolution Helmut Hersberger: Tunnelvariante Zollfreistrasse (26.6.2006)
 - Anzug Christophe Haller: Evaluation des Stromsparfonds Basel (7.6.2006)
 - Interpellation Peter Malama: City-Parking (5.4.2006)
 - Interpellation Christian Egeler: Wisenbergtunnel (5.4.2006)
 - Anfrage Helmut Hersberger: Naturschutzinventar (15.3.2006)
 - Anzug Christine Locher-Hoch: Aktionsplan Biomasse (15.3.2006)
 - Anzug Bruno Mazzotti: Tiefbahn Riehen (15.3.2006)
 - Planungsanzug Christian Egeler: Langfristiges Energiekonzept (7.12.2005)
 - Motion Peter Malama: Förderung energieeffizienter Investitionen (19.10.2005)
 - Anzug Christophe Haller: Tramanbindung Gundeldingen/Bruderholz (19.10.2005)
- * *Im Bereich Umweltschutz, Verkehr und Energie
seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode (2005)*

Rückfragen

- Baschi Dürr, Grossrat (079 407 95 69 / baschiduerr@baschiduerr.ch)

Die Basler FDP

Die Basler FDP ist die führende bürgerliche Partei des Kantons Basel-Stadt. Sie steht für gesellschaftliche Öffnung, Chancengleichheit und Marktwirtschaft und stellt 18 Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat sowie mit Hanspeter Gass und Peter Malama je einen Regierungs- und Nationalrat. Die Mitglieder der Basler FDP sind im Weiteren in den kommunalen Parlamenten und Exekutiven sowie an den Gerichten und in den Schulinspektionen tätig. Die Basler FDP teilt sich in vier Quartiervereine – Grossbasel-Ost, Grossbasel-West, Oberes und mittleres Kleinbasel, Unteres Kleinbasel und Kleinhüningen – sowie die FDP Riehen. Parteipräsident ist Daniel Stolz. Weitere Informationen über die Basler FDP finden sich auf dem Internet: www.fdp-bs.ch